

POSTULAT von Urs Hans (Grüne, Turbenthal), Françoise Okopnik (Grüne, Zürich) und Andreas Wolf (Grüne, Dietikon)

betreffend Verminderung des Eintrags von Schad- und Nährstoffen aus der Landwirtschaft in Oberflächengewässer

Der Regierungsrat wird gebeten die gesetzlichen Grundlagen derart anzupassen, dass zur Verminderung der Gewässerbelastung mit Pestiziden der biologische Landbau auf Parzellen, welche an Gewässer grenzen, gefördert werden kann, anstatt auf strikte Extensivierung zu setzen.

Urs Hans
Françoise Okopnik
Andreas Wolf

Begründung:

Wie aus dem Umweltbericht 2008 hervorgeht, stagniert die Phosphorbelastung der Seen seit ca. 1995, nachdem die Massnahmen bei Haushaltprodukten, Kläranlagen und in der Landwirtschaft grosse Erfolge gezeitigt haben.

Neben der Nährstoffbelastung spielt jedoch immer mehr die Belastung mit Pestizidrückständen und anderen Schadstoffen eine Rolle. Die strikte Extensivierung von Landwirtschaftsflächen ist für die betroffenen Betriebe eine einschneidende und belastende Massnahme.

Es scheint, dass mit den heute üblichen Massnahmen der Eintrag von Nährstoffen in den meisten Fällen genügend vermindert werden konnte. Die weiterhin hohe Phosphorbelastung rührt hauptsächlich von der Mobilisierung aus den Sedimenten und dem Abbau von pflanzlichen Rückständen.

Die zunehmende Pestizidbelastung ist heute besorgniserregender. Im biologischen Landbau werden keine (künstlichen, chemischen) Pestizide eingesetzt. Auch Düngestoffe werden in weit geringerem Mass und besser gebundenen Formen verwendet als in der konventionellen oder integrierten Produktion. Die biologische Bewirtschaftung gewässernaher Schläge könnte damit eine Alternative zur kompletten Stilllegung sein.